



Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

Ski2010

Streitkräfte & Industrie

Politik, Streitkräfte und Industrie vor
neuen Herausforderungen im 21. Jahrhundert

| **Impressum:**

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Mitgliedsverband der UNICE

Hausanschrift: Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift: 11053 Berlin

Telekontakte: Tel.: (030) 2028 1705
Fax: (030) 2028 2705

Internet: www.bdi-online.de
www.germandefence.de

Redaktion: Helmut Harff
Stefan Hartwig

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Stand: Januar 2004

| „Wer A sagt, muss auch B sagen“



Im September 2002 hat der BDI in einem Forderungspapier der wehrtechnischen Industrie an die Bundesregierung die Eckpunkte zur Sicherung unserer strategisch wichtigen Verteidigungsindustrie veröffentlicht.

Nun skizziert er mit dem Positionspapier „Streitkräfte und Industrie (SkI)“ einen Weg, um Bundeswehr und Industrie bis 2010 zukunftsfest zu machen.

Drängende Fragen der inneren und äußeren Sicherheit müssen beantwortet werden.

Ein Umdenken in Politik und Gesellschaft ist bereits spürbar.

Doch ohne Fleiß kein Preis!

Um für unsere Streitkräfte wieder Investitions- und damit Handlungsspielräume zurückzugewinnen, müssen wir die andauernde Reformkosmetik beenden.

Stattdessen plädiert der BDI für einen Maßnahmenkatalog mit eindeutigen Meilensteinen und plausiblen Zielen.

Es muss beispielsweise erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob sich die Wehrpflicht in ihrer bisherigen Form am tatsächlichen militärischen Bedarf oder am „Durchschleusen möglichst vieler Wehrpflichtiger“ orientiert.

Es muss erlaubt sein, zu fragen, warum die Bundesregierung 2004 zum Jahr der Forschung erklärt, in der Wehrforschung seit Jahren aber kontinuierlich Mittel streicht!

Doch es gibt auch positive Signale.

Die gemeinsame Erarbeitung der zukünftigen deutschen wehrtechnischen Kernfähigkeiten zwischen Regierung und Industrie, die im Sommer 2003 begonnen hat, ist ein positives Signal.

Weitere müssen folgen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie und seine Mitglieder werden auch zukünftig die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen Streitkräften und Industrie aktiv begleiten.

Wir kennen das Ziel 2010,
wir kennen die Rezepte,
lassen Sie uns jetzt handeln,
lassen Sie uns jetzt „B“ sagen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Popwonei".

| Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	3
I. SUMMARY	4
II. HERAUSFORDERUNGEN	
1. <i>Veränderte Weltsicherheitslage erkennen</i>	5
2. <i>Sicherheitspolitik gestalten</i>	5
3. <i>Innere und Äußere Sicherheit, zwei Seiten derselben Medaille</i>	6
III. TRANSFORMATION UND VERNETZUNG	
1. <i>Sicherheitsnetzwerk auf- und ausbauen</i>	7
2. <i>Umfang und Struktur der Streitkräfte synchronisieren</i>	8
3. <i>Materielle Bedarfsdeckung flexibilisieren</i>	11
IV. PERSPEKTIVEN	
1. <i>Deutsche Sicherheitsinteressen und europäische Politik</i>	14
2. <i>Bekennnis zur transatlantischen Achse</i>	16
3. <i>Privatwirtschaftlich organisierte wehrtechnische Industrie</i>	17
4. <i>Weitere Schritte</i>	18
ERGÄNZENDE ABBILDUNGEN	
A. <i>Auslandseinsätze der Bundeswehr</i>	19
B. <i>Verteidigungsaufwendungen 2002 im internationalen Vergleich</i>	20
C. <i>Verteidigungshaushalt 2003</i>	21
D. <i>Grundwehrdienstleistende 1990 bis 2010</i>	21

| Einleitung

Anfang September 2002 hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), unter Federführung seines Präsidenten, Michael Rogowski, die „Forderungen der wehrtechnischen Industrie an die Bundesregierung“ veröffentlicht. Seither haben sicherheitspolitisch relevante Ereignisse, wie der Irak-Konflikt, der folgenschwere Terroranschlag am 7. Juni 2003 auf deutsche Soldaten der Afghanistan Truppe in Kabul oder der erste eigenständige Militäreinsatz der EU im Kongo, erneut die schwierige Weltsicherheitslage deutlich werden lassen.

Europa muss vorbereitet sein auf terroristische Angriffe, die vor keiner Staats- oder Landesgrenze halt machen. Man muss der Tatsache ins Auge sehen, dass vergleichsweise kleine Akteure Massenvernichtungswaffen in die Hände bekommen und die Gesellschaft herausfordern können. Vor allem aber sollten sich die Verantwortlichen darüber im Klaren sein, dass potenzielle Aggressoren längst auf Ressourcen, wie Internet, Funknetze, hohe Mobilität oder eine gute Ausbildung zurückgreifen.

Neben einem anwachsenden Auslandsengagement (*Abbildung A Seite 19*) und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, muss sich die Bundeswehr auch den Herausforderungen im eigenen Land, beispielsweise der Unterstützung im Zivil- und Katastrophenschutz, stellen. Voraussetzung hierfür ist, neben einer adäquaten Ausrüstung, ein Höchstmaß an politischer Aufmerksamkeit und parteiübergreifender Unterstützung für die Soldaten.

„Deutschlands Soldatinnen und Soldaten setzen sich mit Leib und Leben für die Sicherheitsinteressen unseres Landes ein. Dafür verdienen sie nicht nur unser aller Respekt, sondern auch die bestmögliche finanzielle und materielle Ausstattung, die wir bieten können.“¹

Die folgenden konzeptionellen Überlegungen sollen den Zusammenhang zwischen außen- und sicherheitspolitischem Anspruch auf der einen, sowie ausrüstungs- und finanzpolitischer Realität auf der anderen Seite deutlich machen.

Der BDI will mit seinen konzeptionellen Überlegungen „Streitkräfte & Industrie 2010“ aufzeigen, wie die vom Verteidigungsministerium geforderten „veränderten Fähigkeiten“ aus Sicht der deutschen Wirtschaft in einem realistischen Zeitraum zu verwirklichen sind, um im Rahmen der Bündnisverpflichtungen und für die internationale Völkergemeinschaft einen angemessenen Beitrag zur Friedenserhaltung und Sicherheitsvorsorge leisten zu können.

1 Dr. Ernst Otto Krämer, Vorsitzender des BDI-Ausschusses Verteidigungswirtschaft und Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall DeTec AG, Juli 2003, Berlin

I. Summary

„Die Sicherheitslage hat sich grundlegend gewandelt. Neue Sicherheitspolitische Risiken und Chancen verlangen veränderte Fähigkeiten“², formuliert der Bundesverteidigungsminister in seinen Verteidigungspolitischen Richtlinien, und dies zu Recht: Einsatzanforderung und Ausrüstung der deutschen Streitkräfte befinden sich seit Jahren in einem besorgniserregenden Missverhältnis.

Ein dramatischer und stellenweise gefährlicher Umstand, der von Politik, Militär und Wirtschaft erkannt wurde und aus dem der BDI folgende Konsequenzen ableitet:

■ **„Finanzmittel für Verteidigung umschichten!“**

Personal- und Betriebsausgaben reduzieren, Forschungs- und Beschaffungsausgaben erhöhen. Voraussetzungen schaffen, dass Investitionen im Verteidigungsbereich nicht nur als konsumtive Ausgaben behandelt werden.

■ **„Transformation der Bundeswehr beschleunigen!“**

Versäumnisse der Vergangenheit wettmachen, politischen Stellenwert in NATO und EU sichern.

■ **„Allgemeine Wehrungerechtigkeit beenden, Streitkräfte auf einen flexiblen Wahlwehrdienst umstellen, Freiwilligenarmee einführen!“**

Bundeswehr im politischen Konsens zu einer gut ausgerüsteten Freiwilligenarmee umbauen.

■ **„Einsatz der Truppe im Inland verstärken!“**

Streitkräftespezifische Fähigkeiten zum Schutz von Bürgern und kritischer Infrastruktur mit Maßnahmen für eine den neuen Gegebenheiten angepasste Landesverteidigung, beispielsweise durch Luftverteidigung, stärker nutzen.

■ **„Deutsche Exportungerechtigkeit beenden!“**

Deutschlands Technologie und Arbeitsplätze wandern nach Frankreich und Großbritannien ab, deshalb: Zuerst nationalen Alleingang im Rüstungsexport beenden, dann gemeinsame europäische Lösung suchen.

■ **„Gemeinsame europäische Forschung, Entwicklung und Beschaffung forcieren!“**

Die Europäisierung der Industrie fördern und nicht durch zusätzliche nationale gesetzliche Regelungen erschweren.

■ **„Deutsch-Amerikanische Freundschaft erhalten und fördern!“**

Historische deutsch-amerikanische Werte anerkennen und außen- und sicherheitspolitisch, insbesondere im Antiterrorkrieg, gemeinsam handeln sowie die transatlantische Kooperation fördern.

² Verteidigungspolitische Richtlinien, Teil 2, Ziffer 1, BMVg vom 21. Mai 2003, Berlin

| II. Herausforderungen

| 1. Veränderte Weltsicherheitslage erkennen

„Das 21. Jahrhundert hat erst am 11. September 2001 begonnen!“³

Mit den Terroranschlägen des 11. September hat die weltweite (Un)Sicherheitslage eine zusätzliche Dimension erhalten, die in Verbindung mit neuen Konflikt- und Krisenherden zu einer insgesamt ernüchternden Bilanz im internationalen Bemühen um Frieden und Stabilität führt. Während in Europa die Staaten enger zusammenrücken und bereit sind, wichtige Kompetenzen- und Entscheidungsbefugnisse zu bündeln und effektiver zu organisieren, flackern in anderen Regionen der Welt bereits als befriedet eingestufte Unruheherde erneut auf.

Asymmetrische Formen der Konfliktführung, vor allem der Terrorismus, stellen zur Zeit die Hauptbedrohung dar. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese Form der Konfliktführung die klassischen zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen zunehmend ersetzt, denn Terror ist ein billiges Mittel der Kriegsführung und somit eine geeignete Alternative für Akteure, die über keinerlei oder geringes Drohpotenzial mit konventionellen militärischen Mitteln verfügen. Die Landesverteidigung muss an diese neuen Anforderungen angepasst und gerade bei der Luftverteidigung sowie in anderen Bereichen gestärkt werden.

| 2. Sicherheitspolitik gestalten

„Ohne Sicherheit gibt es keine Gerechtigkeit, keine Teilhabe an einer vernünftigen gesellschaftlichen Entwicklung, und letztlich keine Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung in der Welt.“⁴

Die These von Anfang der 90er Jahre: „Deutschland ist von Freunden umzingelt“, hat zu einer insgesamt fragwürdigen Reduzierung der militärischen Fähigkeiten Deutschlands geführt. Streitkräfte sind Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik, die auf Vorbeugung setzt, indem belastbare innergesellschaftliche Strukturen geschaffen werden, d. h.: Deutsche Sicherheitspolitik muss dort ansetzen, wo sich Konflikte zu einer unmittelbaren Bedrohung nationaler oder bündnisrelevanter Sicherheitsinteressen auszuweiten drohen. *„Daher ist der Transfer von Stabilität die beste und wirksamste sicherheitspolitische Investition.“⁵*

Stabilitätstransfer im Rahmen wirtschaftlicher und militärischer Hilfe muss rasch und unbürokratisch zu leisten sein, in diesem Sinne werden tatsächlich deutsche Interessen auch am Hindukusch verteidigt.

3 Matthias Horx, Zukunftsforscher und Autor, Oktober 2001, Kelkheim

4 Bundeskanzler Gerhard Schröder, Global Business Policy Council, 31. Mai 2002, Berlin

5 BMVg, Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Mai 1999, Bonn

| 3. Innere und Äußere Sicherheit, zwei Seiten derselben Medaille

„Unsere Sicherheit, die innere Sicherheit Europas, wird bedroht durch grenzüberschreitende, organisierte Kriminalität und durch den internationalen Terrorismus.“⁶

In dem Maße, wie Gewaltakteure sich über staatliche und rechtliche Grenzen hinweg setzen und miteinander vernetzen, muss der Staat sicherheitspolitische Antworten geben. So erfordert der Schutz der Bevölkerung und kritischer Infrastrukturen auch den Einsatz originärer militärischer Fähigkeiten und Fachexpertisen der Bundeswehr.

Dabei geht es dem BDI insbesondere um einen gesamtstaatlichen Ansatz, der mehrere sicherheitsrelevante Instrumente, wie beispielweise Polizei, Bundesgrenzschutz, Technisches Hilfswerk, Bundeswehr oder Rotes Kreuz miteinander verbindet.

Der Bedarf für Schutz- und Abwehrsysteme, wie beispielsweise zur Abwehr von anfliegenden Lenkflugkörpern auf Passagierflugzeuge, existiert nicht erst seit den Anschlägen des 11. September, wird aber seitdem tatsächlich ernst genommen. Hier belegt unter anderem der Versuch vom 28. November 2002 eine israelische Verkehrsmaschine in Mombasa, Republik Kenia, mit Hilfe einer Boden-Luft Rakete abzuschießen, den Bedarf für derartige Schutzsysteme.

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern und Äußeren im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist ein logischer und wichtiger Beitrag zum Schutz der Bürger und kritischer Infrastruktur.

⁶ Otto Schily, Bundesminister des Innern, Redeauszug vom 18. Februar 2003, Bad Godesberg

| III. Transformation und Vernetzung

„Bei der Transformation der Streitkräfte geht es um die Einführung neuer kampfkraftbezogener Fähigkeiten ... weder Plattformen noch Munition für sich genommen sind hierbei die Lösung, sondern die Vernetzung beider Elemente mit Sensoren und Informationssystemen.“⁷

Der Transformations- und Vernetzungsprozess stellt Militär und Industrie gleichermaßen vor Herausforderungen, insbesondere in Bereichen, wie Militärdoktrin, Operationen, Training, Material, Logistik, Personal und Einrichtungen.

| 1. Sicherheitsnetzwerk auf- und ausbauen

Transformierte Streitkräfte erzeugen ihre militärische Wirkung durch ein vernetztes System von Hintergrundinformationen (z. B. Geländedaten), allzeit verfügbarer Aufklärungsdaten, Waffen und sichere Kommunikationsnetze für Entscheidungen. Während Ausbildung noch teilstreitkraftspezifisch geschieht, werden Einsatztraining und Einsatz teilstreitkraftübergreifend und auch multinational durchgeführt. Die Vernetzung ist neben der Aufklärung die Schlüsselkomponente einer transformierten Streitkraft, die Amerikaner sprechen von „Network Centric Warfare“, die Briten von „Network Enabled Capabilities“ und die Deutschen von „Vernetzte militärische Operationen“.

Die Schnittstellen- und Interoperabilitätsforderungen transformierter NATO Streitkräfte erhalten ihre militärischen Wirkungen durch ein System, das aus Beiträgen verschiedener Nationen besteht, dem Systemverbund.

Die große Herausforderung für Militär und Industrie eines einzelnen Landes ist der von den Bündnispartnern zuerkannte Stellenwert in diesem „System der Systeme“. Von diesem Stellenwert hängt auch die sicherheitspolitische Bedeutung einer Nation in Europa und der NATO ab.

Im Rahmen des Prager NATO Gipfel im November 2002 haben sich die Partner zur Transformation ihrer jeweiligen Streitkräfte verpflichtet (Prague Capabilities Commitment).

Die im Mai 2003 vom Bundesminister der Verteidigung erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien fordern ebenfalls die in Prag verabredeten zu schaffenden Streitkräftefähigkeiten. Keine NATO Partnernation kann auf die Transformation verzichten, um ihre Bündnisfähigkeit zu erhalten. Wer sich in einer „Transformierten NATO“ einen Platz sichern will, muss Transformation zum strategischen Ziel erklären. Entsprechend hat z. B. neben Großbritannien insbesondere Schweden mit seinem Ansatz des „Network Based Defense (NBD)“ eine Vorreiterrolle bei der Umstellung vorhandener Systeme auf netzwerkzentrierte Fähigkeiten übernommen. Die Befähigung der schwedischen Streitkräfte zur vollständigen netzwerkorientierten Operationsführung soll bis 2010 erreicht sein.

7 Prof. Dr. Holger Mey, Direktor des Instituts für Strategische Analysen e. V. (ISA), 2003

Die deutsche Rüstungsindustrie leistet seit Jahren aus eigener Kraft und gegen teils staatlich subventionierte internationale Konkurrenz ihren Beitrag zum Erhalt nationaler Schlüsseltechnologien. Der jetzt zu erwartende technologische Umbruch läuft also auch auf eine Existenzfrage der deutschen Wehrtechnik hinaus.

Durch die Transformation der Bundeswehr können viele Versäumnisse der Vergangenheit wettgemacht werden. Voraussetzung sind eine solide Finanzierung und die Schaffung unbürokratischer Administrationswege.

| 2. Umfang und Struktur der Streitkräfte synchronisieren

Die Bundeswehr muss seit Jahren mit einer Budgetstruktur zurechtkommen, die im Vergleich zu anderen europäischen Verbündeten kaum noch finanzielle Beschaffungs- und Entwicklungsspielräume bietet. Über 76 Prozent des Verteidigungsbudgets werden durch Personal- und Betriebskosten aufgezehrt. Übrig bleiben der Truppe knapp 24 Prozent für dringende Investitionen. Zudem liegt Deutschland mit Aufwendungen von ca. 1,5 Prozent des BIP für Verteidigungszwecke deutlich unter dem NATO-Durchschnitt von rund 2,3 Prozent. (Abbildung B Seite 20)

Um die fortschreitende materielle Auszehrung der Truppe zu stoppen und mittelfristig wieder Finanzspielräume zurückzugewinnen, ist ein rasches Eingreifen in die im wahrsten Sinne des Wortes „kopflastige Kostenstruktur“ unausweichlich, hierzu schlägt der BDI folgende Maßnahmen und Ziele vor (siehe Tabelle Seite 9).

„Der Schwerpunkt der Ausführungen der VPR liegt darin ... Auftrag, Aufgaben und Mittel in Übereinstimmung zu bringen ... dazu gehören: Die Umschichtung im Verteidigungshaushalt zugunsten von Investitionen, der Abbau von Personalkosten, die Verringerung der Überplanung und hoher Bindungsstände.“⁸

Die Vereinbarung zwischen Verteidigungs- und Finanzministerium, den Wehretat bis 2006 nicht zu kürzen, und ab 2007 um 800 Millionen € jährlich zu erhöhen, ist aus Industriesicht grundsätzlich zu begrüßen, genügt aber nicht einmal, um Inflations- und Preissteigerungsverluste des Verteidigungshaushalts auszugleichen. Vielmehr ist eine deutliche Umsteuerung in der Schichtung der Haushaltsmittel für Investitions-, Betriebs- und Personalzwecke erforderlich. Das Pendel zwischen Ausrüstungsqualität und Personalstärke muss zugunsten modernerer Ausrüstung verschoben werden. Die unkalkulierbaren Risiken im Rahmen zunehmender Auslandseinsätze der Bundeswehr zeigen dies deutlich. Ein besonderer Fokus ist dabei auf den Bereich Information/Technologie/Kommunikation zu legen, der die

⁸ Verteidigungspolitische Richtlinien, Teil 1, Abschnitt VII, BMVg vom 21. Mai 2003, Berlin

IST-Zustand 2003 *	Maßnahme	SOLL-Zustand 2010
A. Haushalt		
Verteidigungsetat 24,4 Mrd. €	ab 2005 reale Erhöhung um ca. 5 % p. a. **	Verteidigungsetat 30 Mrd. €
Personalkostenanteil ca. 51 %	ab 2005 Senkung um ca. 2,5 % p. a.	Personalkostenanteil ca. 35 %
Sonstige Betriebskosten ca. 24 %	ab 2005 Senkung um ca. 1 % p. a.	Sonstige Betriebskosten ca. 20 %
Investitionsanteil ca. 25%	ab 2005 Erhöhung um ca. 3 % p. a.	Investitionsanteil ca. 45 %
B. Personal		
Militärischer Friedenspersonalumfang ca. 285.000	ab 2008 Flexibilisierter Wehrdienst	Militärischer Friedenspersonalumfang ca. 220.000
Zivilpersonal ca. 128.000	ab sofort Personalabbau vorziehen und anpassen	Zivilpersonal ca. 75.000
Militärischer Mobilmachungspersonalumfang ca. 800.000	anpassen an Erfordernisse	Militärischer Mobilmachungspersonalumfang ca. 450.000
C. Struktur		
Wehrpflichtarmee	ab 2008 Flexibilisierter Wehrdienst	Freiwilligenarmee
Vereinheitlichte Ausbildung	ändern der Ausbildungsorganisation	Trennung in Einsatzarmee und Ausbildungsorganisation
* Stand: 01. April 2003		
** davon dienen ab 2005 ca. 4 % p. a. ausschließlich als Inflations- und Preissteigerungsausgleich		

größte Hebelwirkung von Investitionen in Streitkräftefähigkeiten erzeugt. Mit einer vorgezogenen Personalanpassung könnten mittelfristig Finanzmittel aus dem Personalblock (über 50 Prozent des Haushalts) gelöst und zur Umsetzung der bereits 1999 eingeleiteten Bundeswehrreform genutzt werden. (Abbildung C Seite 21) Parallel sind die Umfänge von Friedens- und Mobilmachungspersonal abzu-

schmelzen, um sie damit der aktuellen Sicherheitslage anzupassen. Vor dem Hintergrund der Schwerpunktsetzung „Konflikt- und Krisenbewältigung“ ist die Transformation der Streitkräfte zwingend, um sie an die neuen europäischen Gegebenheiten anzupassen

„Wir müssen unsere Streitkräfte nicht länger an der Annahme ausrichten, der Feind könne morgen mit seinen Panzerarmeen an den Grenzen unseres Landes stehen.“⁹

Die Trennung zwischen Einsatzarmee und Ausbildungsorganisation wäre im Sinne einer professionell ausgerichteten Bundeswehrstruktur, in der sich die jeweiligen Kräfte auch tatsächlich auf ihre primären Aufgaben konzentrieren könnten.

Die Transformation von klassischer Verteidigungsarmee zu flexibler Krisen-Interventionsarmee bedingt darüber hinaus den Abbau bzw. die Reduzierung nicht länger benötigter Fähigkeiten und wehrtechnischer Geräte. Während materielle Verbesserungen durch effizientere Schichtung des Etats zu erreichen sind, müssen strukturelle und personelle Veränderungen von Bundeswehr und Wehrverwaltung auch unter gesellschaftlichen Aspekten bedacht werden.

Die Umstellung von Streitkräften von einer Wehrpflicht- zu einer Freiwilligenarmee benötigt nach den Erfahrungen verbündeter Staaten (Frankreich, Niederlande, Großbritannien) etwa fünf Jahre. Für das Zieljahr 2010 im vorgeschlagenen Transformationsprozess der Bundeswehr bedeutet dies z. B. im Sinne einer „Roadmap“:

- ① Strategisch/politische Entscheidung zur Streitkräfteumstellung im Jahre 2004 im Konsens treffen;
- ② letztmalige Einberufung von Wehrpflichtigen zu Anfang des Jahres 2008; danach in Abhängigkeit von der dann aktuellen sicherheitspolitischen Lage Deutschlands auf flexibilisierten Wehrdienst („Wahlwehrdienst“) umstellen;
- ③ in den Jahren 2009/2010 die erforderlichen Organisationsmaßnahmen abschließen.

Unter Beachtung dieser „Roadmap“ plädiert der BDI demzufolge bei der Frage, welche Wehrform am ehesten den veränderten Ansprüchen an die Streitkräfte 2010 Rechnung trägt, aus Gründen der Wehrgerechtigkeit und gestiegenen materiellen wie personellen Anforderungen an die Soldatinnen und Soldaten für eine Freiwilligenarmee, analog Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden.

In der Konsequenz bedeutet dies, die stufenweise Einführung eines flexiblen Wahlwehrdienstes, der es den Streitkräften erlaubt, diejenigen Besten eines Jahrgangs für die Bundeswehrlaufbahn zu gewinnen, die auch wirklich wollen und gewollt sind!

⁹ Dr. Peter Struck, Verteidigungsminister, Haushaltsdebatte, 4. Dezember 2002, Berlin

Damit wäre ein Stück MEHR an Wehrgerechtigkeit geschaffen, ohne sich von der Wehrpflicht in Gänze zu verabschieden, denn bereits heute liegt der militärische Bedarf niedriger als die Zahl verfügbarer junger Männer.

Mit den kommenden Jahrgängen wird sich diese Entwicklung weiter verstärken. (Abbildung D Seite 21)

„Die militärischen, finanziellen und juristischen Befunde sprechen gegen die Beibehaltung der Wehrpflicht ... sie dürften gewichtiger sein, als die unbestimmten gesellschaftlichen Vorteile ...“¹⁰

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern bleibt personell begrenzt und kann ebenso wenig wie die Landesverteidigung zur Begründung der bisherigen Allgemeinen Wehrpflicht herangezogen werden. Die Festlegung der Einsatzkräfteanzahl bleibt ebenfalls eine politische Entscheidung und orientiert sich am Umfang deutscher Teilhabe im Rahmen internationaler Kriseneinsätze.

Die Allgemeine Wehrpflicht ist in bisheriger Form für die Aufrechterhaltung der Sicherheit Deutschlands und seiner NATO Partner nicht länger erforderlich. Eine Flexibilisierung im Sinne eines „Wahlwehrdienstes“ bietet sich an.

| 3. Materielle Bedarfsdeckung flexibilisieren

„To me, the real question is ... not whether the US and its Allies want to work together. But whether they still can work together.“¹¹

Interoperable „State-Of-The-Art“ Ausrüstung ist Grundvoraussetzung für die Bundeswehr, um mit den NATO Partnern gemeinsame Einsätze und Übungen zu absolvieren. Einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung hoher Ausrüstungsqualität erbringt die deutsche wehrtechnische Industrie als fester Bestandteil der europäischen Industrie- und Rüstungsbasis. Neben dem Aspekt deutscher Technologiesicherung und -unabhängigkeit müssen bei Bewertung der volkswirtschaftlichen Bedeutung auch die hohen steuerlichen Rückflüsse, bezogen auf den Kaufpreis für wehrtechnisches Gerät, berücksichtigt werden. Darüberhinaus hängt die Existenz klein- und mittelständischer Unternehmen in erheblichem Maße von der Realisierung militärischer Beschaffungsvorhaben ab. Ein positives Signal wäre in diesem Zusammenhang eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen zum Personalaustausch zwischen den Streitkräften und der Industrie.

¹⁰ Hans-Dieter Lemke, SWP-Studie, „Welche Bundeswehr für den neuen Auftrag?“, Juni 2003, Berlin

¹¹ Lord Robertson, NATO Generalsekretär, Keynote Speech, Mai 2002, Paris

Im Rahmen internationaler Kooperationsprogramme werden nach industriointerner Schätzung bis zu 70 Prozent aller Komponenten von den Hauptauftragnehmern an externe mittelständische Zulieferer vergeben. Entscheidend für die Wirtschaft ist hierbei das Reglement, unter dem sie forschen und produzieren soll:

- **Bedarfsermittlung und Beschaffung von Wehrmaterial**

Mit dem „Customer Product Management (CPM)“ wurde 2001 ein vereinfachtes Verfahren zur Bedarfsermittlung und Bedarfsdeckung der Bundeswehr eingeführt. Dennoch müssen Vorhabenfinanzierung und -betreuung auf den Prüfstand! Einseitige Kostenabwälzungen zu Lasten der Industrie darf es nicht geben. Unkalkulierbare technische Entwicklungsrisiken und die Realisierung von Prototypen und Demonstratoren müssen Auftraggeber und Lieferanten finanziell gemeinsam schultern. Getätigte Investitionen sowohl auf Bundeswehr- als auch auf Industrieseite müssen besser geschützt werden. Die Industrie ist unter den neuen technologischen Herausforderungen von Anfang an zu beteiligen.

- **Klare Perspektive und Realisierungssicherheit**

Eine Industrie, die fast vollständig von staatlichen Aufträgen abhängt, kann sich ohne „Auftragslandkarte“ nicht orientieren. Kostspielige, oftmals mit erheblichen Eigenmitteln finanzierte Vorhaben, die anschließend nicht von der Bundeswehr beschafft werden, bedeuten das „Aus“ der privatwirtschaftlich organisierten Wehrtechnik. Das Beispiel „Französisches Programmgesetz“, bei dem von 2003 bis 2008 mit rund 40 Mrd. € die Entwicklung der Streitkräfte in Frankreich auf eine langfristige Grundlage gestellt wird, zeigt, dass es auch anders geht! Mit einem deutschen Programmgesetz könnte die Industrie Auslastungsschwankungen besser austarieren, was letztendlich dem Auftraggeber in Form eines günstigeren Preis-/Leistungsverhältnisses zugute käme. Richard von Weizsäcker forderte bereits im Mai 2000 in seinem Bericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ an die Bundesregierung die Einführung eines Programmgesetzes.

„Das Parlament kann auf diese Weise [durch Einführung des Programmgesetzes] die Voraussetzung für einen gestaffelten Reformprozess schaffen, finanziellen Einbrüchen vorbeugen und Planungssicherheit gewähren.“¹²

12 Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, Ziffer 237, Mai 2000, Berlin

- **Rahmenvertrag zwischen Bundeswehr und Industrie**

Hinsichtlich der ursprünglichen Intention des Rahmenvertrages für mehr „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“ (Dezember 1999) muss heute die Frage erlaubt sein, wie realistisch ihre Umsetzung noch ist. Nach industrieinternen Schätzungen beläuft sich das bisherige finanzielle Engagement, mit welchem die Industrie in Vorleistung getreten ist, auf über 100 Mio. €, ohne im Gegenzug entsprechende Aufträge erhalten zu haben. So begrüßenswert die Partnerschaft zwischen Bundeswehr und Industrie auch ist, für Aufträge an die Industrie gibt es keinen Ersatz!

- **Forschungsinvestitionen**

„Mehr denn je entscheidet heute die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft über Erfolg und Wohlstand ... Es gilt, Innovationen in Deutschland zu fördern, die Grundlagenforschung zu stärken und durch Beiträge von Wissenschaft und Forschung, die Entwicklung einer nachhaltig zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland voranzubringen.“¹³

Alein von 1998 bis 2003 wurden Forschungs- und Technologieausgaben im deutschen Verteidigungshaushalt um über 20 Prozent gekürzt. Hier fordert der BDI vom Bundesminister der Verteidigung eine rasche und spürbare Trendumkehr, bevor sicherheitskritische Technologien und Kernfähigkeiten dem „High Tech Standort Deutschland“ unwiederbringlich verloren gehen.

Die materielle Bedarfsdeckung der Streitkräfte hat für die wehrtechnische deutsche Industrie lenkende Wirkung. Beschaffung, Realisierung, Vertragsgestaltung und Forschungsbeauftragung müssen flexibler und wirtschaftsfreundlicher gestaltet werden.

¹³ Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2002, Berlin

| IV. Perspektiven

| 1. Deutsche Sicherheitsinteressen und europäische Politik

„Wie können unsere jeweiligen Außen- und Sicherheitspolitiken so koordiniert werden, dass sie den Erwartungen der Mehrheit der Bürger gerecht werden, die uns eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für Europa abverlangen?“¹⁴

Die Europäische Union wird in Kürze 25 Mitgliedsstaaten mit 450 Millionen Einwohnern zählen, die 35 Prozent der Weltproduktion sichern und ein Bruttosozialprodukt erwirtschaften, welches das der USA um rund 15 Prozent übersteigt.

Dennoch spielt Europa auf der sicherheitspolitischen Weltbühne keine gebührende Rolle.

Ein Umstand, der deutlich die Diskrepanz zwischen wirtschaftspolitischer Realität und ordnungspolitischem Wunschenken sichtbar macht. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geben Jahr für Jahr insgesamt 160 Mrd. € für Verteidigung aus. Das entspricht immerhin rund der Hälfte der US-Verteidigungsaufwendungen.

Dennoch erreichen sie gerade einmal 10 Prozent der operativen Fähigkeiten ihrer amerikanischen Verbündeten. Ein deutliches Alarmsignal!

„Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik leidet unter akuter Blutarmut. Dem schönen Wort muss dringend die entschiedene Tat folgen.“¹⁵

Die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wurde vom Europäischen Rat im Juni 1999 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Europäische Union zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu befähigen. Die im Juni 2003 gestartete, NATO-unabhängige Friedensmission im Bürgerkriegsland Kongo stellt die EU hierbei vor ihre erste militärische Bewährungsprobe.

Regierungsseitig zwingen national fragmentierte Rüstungsmärkte verstärkt zu abgestimmten europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategien, die in einer gemeinsamen Rüstungsindustriepolitik münden sollen. Eine strategische „Schicksalsentscheidung“, für die sich Regierungen und Unternehmen heute bereits positionieren. Damit Verteidigungstechnologie „Made in Germany“ in einem „Europa der 25“ auch in Zukunft den Einfluss deutscher Interessen, von Politik und Industrie sicherstellen kann, ist rasches Handeln gefragt.

¹⁴ Valerie Giscard d'Estaing, Verleihung des internationalen Karlspreis, 29. Mai 2003, Aachen

¹⁵ Friedrich Merz, Vorsitzender CDU/CSU-Fraktion, Hauptstadttinitiative, 27. Februar 2002, Berlin

Die Zukunft der deutschen wehrtechnischen Industrie wird von internationalen Programm- und Unternehmenskooperationen bestimmt. Industrieseitig hat die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie eine Vorreiterrolle übernommen und über Ländergrenzen hinweg ein unternehmerisches Netzwerk geknüpft, das wegweisende Spitzentechnologien entwickelt und verfügbar macht. Wirtschaftspolitisch entscheidend ist hierbei nicht die Nationalität des jeweiligen Unternehmens, sondern der Wertschöpfungsanteil im eigenen Land. Großbritannien hat mit seinem „Paper no. 5“ einen industriepolitischen Wegweiser skizziert, an dem sich britische Verteidigungsunternehmen auf ihrem Weg nach Europa orientieren können. - Etwas Vergleichbares wäre auch für die deutsche Verteidigungswirtschaft wünschenswert.

„Die Bundesregierung bekräftigt - im Geiste der Erklärung des Europäischen Rates von Helsinki - ihren politischen Willen, die europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich zu stärken ... [und sich] für die Harmonisierung der europäischen Wettbewerbsbedingungen einzusetzen.“¹⁶

Der Export bietet der deutschen Wehrtechnik die Chance, einer unzureichenden inländischen Auftragslage entgegenzuwirken, sofern sich die deutschen Regeln an international harmonisierten Exportkontrollgesetzgebungen orientieren.

Hier wiederum kann das wirtschaftliche und technologische deutsche Industriepotenzial aufgrund nationaler restriktiver Rüstungsexportgesetzregelungen nur begrenzt genutzt, sprich in Know how und Arbeitsplätze umgewandelt werden.

„Ich persönlich wünsche mir nichts dringender als eine Harmonisierung der Exportrichtlinien. Es würde dafür Sorge tragen, dass alle europäischen Mitgliedsstaaten gleiche Konditionen im Hinblick auf Waffenexporte hätten.“¹⁷

16 Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und Verteidigungsministers Deutschlands sowie der deutschen Heerestechnik- und Marineschiffbauindustrie am 27. Oktober 2000 in Berlin

17 Reinhold Robbe, MdB und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Behörden Spiegel, Juli 2003, Bonn

| 2. Bekenntnis zur transatlantischen Achse

„Unser Bekenntnis zur politischen und moralischen Solidarität mit den USA ist in diesen Tagen mehr als eine bloße Selbstverständlichkeit. Gerade hier in Berlin werden wir Deutschen niemals vergessen, was die Vereinigten Staaten für uns getan haben.“¹⁸

Europa braucht die USA als „Counterpart“. Beide verbinden gemeinsame Werte ebenso, wie gleichgerichtete Interessen in der Welt. Demokratie, Menschenrechte und Freiheit können nur verbreitet werden, wenn sich Europa und die USA gemeinsam dafür einsetzen. Das schließt einen Wettbewerb um die besseren wirtschaftlichen und politischen Konzepte nicht aus. Europa muss mit seinem amerikanischen Partner „auf Augenhöhe sein“: In puncto wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und mittelfristig auch in puncto politischer Verantwortung. Deshalb müssen die Europäer endlich mit einer Stimme gegenüber den Amerikanern sprechen.

Die Vereinigten Staaten sind nach Frankreich der wichtigste deutsche Handelspartner. 2002 wurden deutsche Güter im Wert von über 66 Milliarden € in die USA exportiert und im Gegenzug knapp 40 Milliarden € nach Deutschland importiert. Darüber hinaus sind beide Staaten in militärischen Kooperationsprogrammen, wie beispielsweise bei Luftverteidigungssystemen oder dem Littoral Combat Ship, für die amerikanische Marine gemeinsam engagiert.

Um die gemeinsamen Werte von Europäern und Amerikanern, wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Freiheit zu schützen, muss auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere aber im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, gemeinsam gehandelt werden.

„Die transatlantische Partnerschaft bleibt die Grundlage unserer Sicherheit.“¹⁹

18 Gerhard Schröder, Bundeskanzler, BT Plenarprotokoll 14/187, September 2001, Berlin

19 BMVg, Verteidigungspolitische Richtlinien, Teil 1, Abschnitt VI, 21. Mai 2003, Berlin

| 3. Privatwirtschaftlich organisierte wehrtechnische Industrie

Deutsche wehrtechnische Unternehmen müssen sich im Gegensatz zu einer Vielzahl ausländischer Wettbewerber ohne staatliche Subventionsmaßnahmen auf dem Weltmarkt unter verschärften nationalen Exportrestriktionen behaupten. Privatwirtschaftlich bedeutet aber auch, dass Investoren eine angemessene Rentabilität erwarten. „Null-Profit“ oder sogar Verluste sind auf Dauer nicht durchzuhalten und europäische Industriefusionen können auch nicht das Problem mangelnder nationaler Aufträge und Budgets lösen.

Vor allem im Technologie- und Zuliefergeschäft bilden mittelständische Unternehmen das Rückgrat der deutschen Wehrtechnik. Konfrontiert mit einer vergleichsweise hohen Kapitalbindung und erheblichen Eigeninvestitionen als Eintrittspreis in entsprechende Vorhaben, fällt die Entscheidung für ein Engagement in diesem Industriesektor vor allem seitens des industriellen Mittelstands zunehmend negativ aus.

Negative Auswirkungen hat die schlechte Auftragsituation der Wehrtechnik-Branche aber auch im Rahmen des Wettbewerbs um hochqualifizierte Arbeitskräfte.

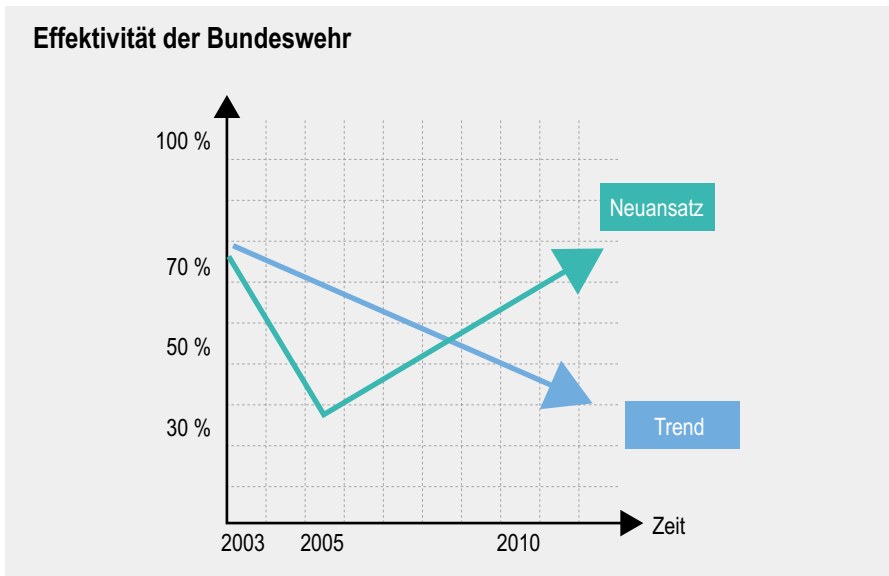
Auch die wehrtechnischen Unternehmen können nur überleben, wenn sie „schwarze Zahlen“ schreiben. Niemand kann an Staatsregie und Planwirtschaft in Deutschland gelegen sein; folgerichtig muss die Bedarfsdeckung der Bundeswehr auf Basis privatwirtschaftlicher Regeln erfolgen. Das heißt für die Industrie: „Ohne entsprechende Aufträge werden Spezialistenteams aufgelöst und Betriebsstätten geschlossen.“ Um Teilen der deutschen Wehrtechnik nicht nur das Überleben im eigenen Land, sondern auch den Weg nach Europa zu ermöglichen, wird die Erarbeitung einer gemeinsamen politisch/industriellen Position zu deutschen wehrtechnischen Kernfähigkeiten begrüßt. Dieser aus Sicht der Wirtschaft bedeutende Schritt kann den Unternehmen mehr Planungssicherheit und den Mitarbeitern dieser strategisch so bedeutenden Schlüsselindustrie eine bessere Perspektive für die Zukunft bringen.

„Die Zukunftssicherung der deutschen Rüstungsindustrie verlangt, dass die Kernfähigkeiten ihren angemessenen Platz im vereinten Europa finden, indem wir die Kompetenzfelder erhalten, auf denen Deutschland stark ist.“²⁰

²⁰ CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundeswehr in einem geänderten sicherheitspolitischen Umfeld, Februar 2003, Berlin

| 4. Weitere Schritte

Um der Bundeswehr mittelfristig wieder finanziellen Handlungsspielraum zu geben, schlägt der BDI ein Modell vor, das bereits in Schweden erfolgreiche Anwendung findet. In Stichworten: Kurzfristige, harte Schnitte, um „finanziellen“ Handlungsspielraum zurückzugewinnen.



Demnach könnte bereits mittelfristig eine finanzielle Trendumkehr durch entsprechende Einschnitte bei Personal- und Betriebsaufwendungen eingeleitet werden. - Die Alternative: „Augen zu und durch“ ist keine akzeptable Lösung.

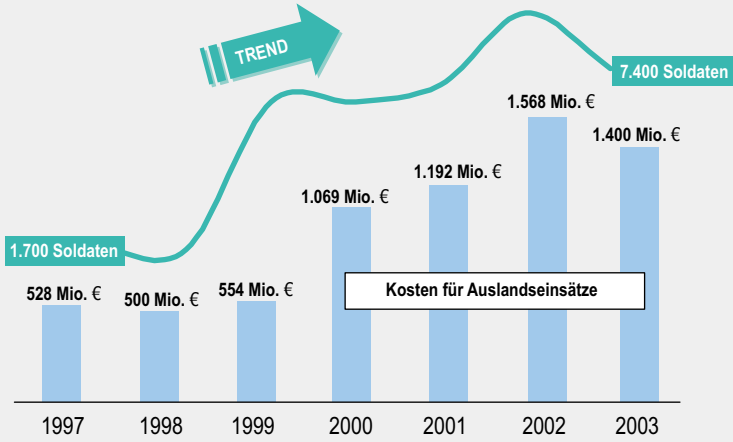
Die wehrtechnische Industrie in Deutschland hat im Verlauf der letzten Jahre durch tiefgreifende Umstrukturierungsmaßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft gezielt ausgebaut.

Der mangelhaften politischen Aufmerksamkeit und der unfairen wettbewerblichen Behandlung im eigenen Lande hat die deutsche Wehrtechnik jedoch auf Dauer nichts entgegenzusetzen!

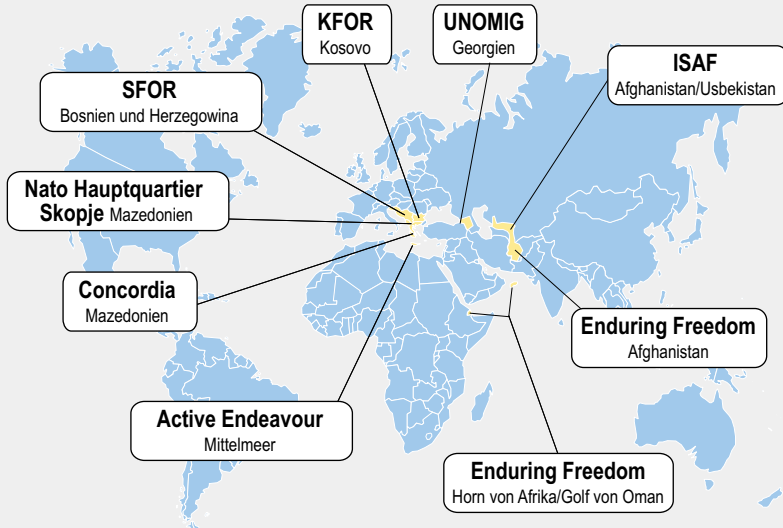
„Der bekannte Satz: Global denken - lokal handeln, ist ja richtig, und immer geht es dabei um den Zusammenhang von nationaler Politik und internationaler Zusammenarbeit.“²¹

²¹ Gerhard Schröder, Bundeskanzler, Rede beim Weltwirtschaftsforum 2002, New York

A. Auslandseinsätze der Bundeswehr

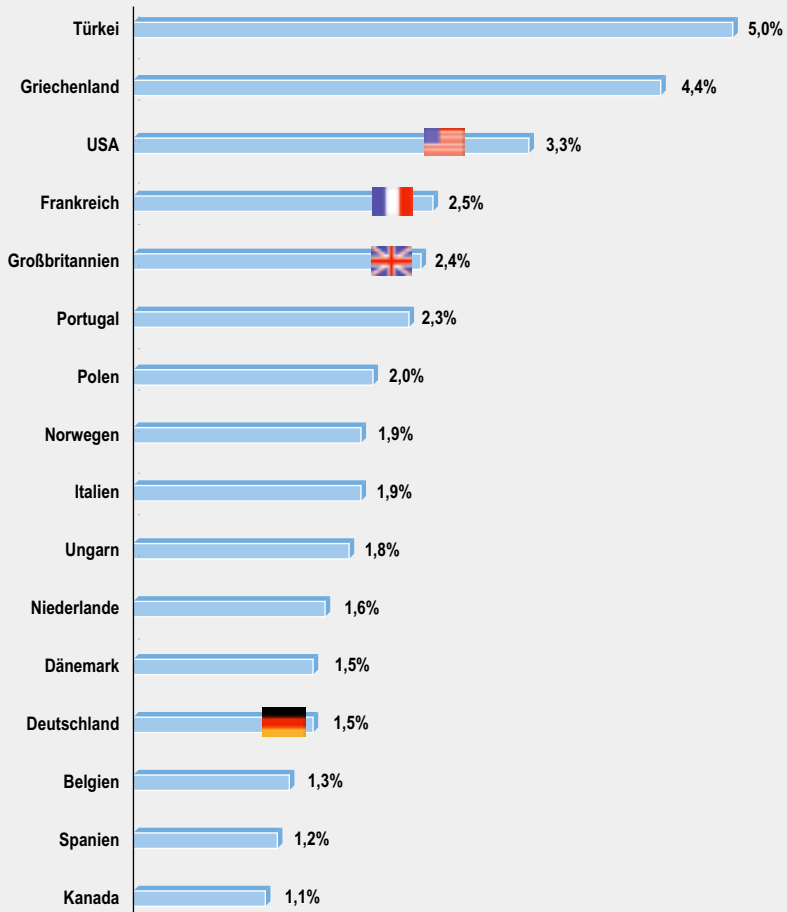


Quelle: Bundesministerium der Verteidigung



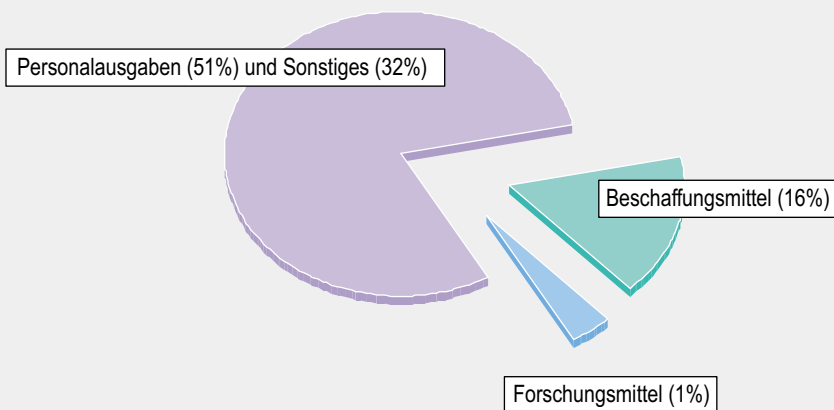
B. Verteidigungsaufwendungen 2002 im internationalen Vergleich

Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP)



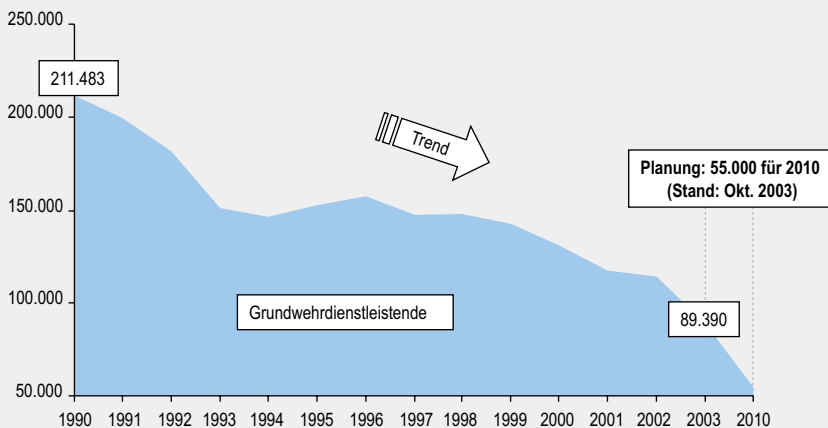
Quelle: NATO

C. Verteidigungshaushalt 2003



Quelle: Bundesministerium der Verteidigung

D. Grundwehrdienstleistende 1990 bis 2003



Quelle: Bundesministerium der Verteidigung und IAP 11/2003

